

Für ein Solidarisches Bürgergeld

5

Islamischer Terrorismus und Dschihad-Totalitarismus sind die größte Herausforderung der freien Welt seit Nationalismus und Kommunismus. Unsere Freiheit ist bedroht. Wir können diese Herausforderung nur bestehen, wenn wir zusammenhalten. Niemand bestreitet, daß Sicherheit eine Voraussetzung dafür ist, in Freiheit leben zu können.

Doch die Aufgabe ist umfassender: Freiheit und Sicherheit zu garantieren, verlangt auch nach einer nachhaltigen Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt und nach Vertrauen in den Sozialstaat. Angesichts des dramatischen demographischen Wandels, der Erosion der sozialen Sicherungssysteme und der gigantischen Staatsverschuldung scheint es mir zwingend, das Bedürfnis nach Sicherheit auch auf das Soziale zu erweitern. Nur in Sicherheit ist Freiheit möglich.

Grenzen des Sozialstaats

Ich will innere und äußere Sicherheit nicht mit der sozialen Sicherheit gleichsetzen, aber ich will deutlich machen, daß die Sozialstaatsphilosophie der letzten 50 Jahre an ihre Grenzen stößt. Mit rund 26 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei rund 83 Millionen Einwohnern lassen sich die sozialen Sicherungssysteme auf Dauer nicht mehr aufrechterhalten. Schon heute werden diese Systeme zu etwa 40 Prozent mit Steuergeldern finanziert; von reinen Versicherungsleistungen kann schon lange nicht mehr gesprochen werden.

Die Diskussion, ob Konrad Adenauer in den 50er Jahren mehr auf Ludwig Erhard und Helmut Kohl in den 80er und 90er Jahren mehr auf Kurt Biedenkopf hätten hören müssen, bringt uns nicht weiter. Wir müssen heute Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geben: den demographischen Wandel, den mit steigenden Steuermilliarden hinausgeschobenen Kollaps der Sozialversicherungssysteme, die Massenarbeitslosigkeit, die steigende Zahl der nicht mehr existenzsichernden Einkommen, die geringe Wertschätzung der Familie und der Familienarbeit und die Notwendigkeit, ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement zu stärken.

Der Vorwurf steht im Raum: Die Deutschen seien reformunwillig, ängstlich, jammerten immer auf hohem Niveau, seien zu egoistisch für Kinder und hätten die Zeichen der Zeit verschlafen. Zwar ist eine große Mehrheit der Deutschen

grundsätzlich für Reformen, wenn es dann aber um die konkreten Maßnahmen geht, schwindet die Zustimmung, und echte Reformen müßten – das hat in Deutschland eine lange Tradition – gegen Stimmungsmehrheiten in der Bevölkerung durchgesetzt werden.

Angst vor der Zukunft oder aber wenigstens Unsicherheit zu empfinden, scheint zur Lebenswirklichkeit vieler in Deutschland zu gehören. Auch jene, denen es eigentlich objektiv gut geht, sind nicht wirklich zufrieden oder fürchten, daß es schlechter werden könnte. Diese Stimmung wird dokumentiert durch zunehmende Zukunftsverweigerung. Nicht nur bei der Geburtenrate sind wir weltweit bei den Schlußlichtern; auch der Wunsch nach Kindern ist in Deutschland niedriger als anderswo. Manchem mag sich der Eindruck aufdrängen, viele lebten nach dem Motto: „Nach mir die Sintflut“ oder übersetzen das wesentliche Sozialstaatsprinzip „Gemeinwohl“ lieber als „mein Wohl“. Was ist nur mit uns Deutschen los?

Systemwechsel in der Sozialpolitik

Ich halte eine solche Diskussion für nicht zielführend, weil ich davon überzeugt bin, daß es nicht darum gehen kann, einen neuen Menschen zu schaffen. Stattdessen müssen wir einen Systemwechsel in der Steuer- und Sozialpolitik auf den Weg bringen, der den Bedürfnissen der Menschen – nicht zuletzt auch im Blick auf die Auswirkungen der Globalisierung – gerecht wird. Ein solcher Systemwechsel muß sich an drei Prämissen orientieren:

Erstens: Die Würde des Menschen muß unter allen Umständen garantiert sein; das schließt den bedingungslosen Anspruch auf ein soziokulturelles Existenzminimum ein.

Zweitens: Das System muß marktwirtschaftlich sein, denn die Marktwirtschaft ist das einzige Wirtschaftssystem, das Freiheit nicht nur sichert, sondern auch die Chancen der Freiheit nutzt. Daran, daß sich Leistung lohnt, erkennt man ein marktwirtschaftliches System. Daran, daß sie eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung hat, erkennt man eine freie Gesellschaft.

Drittens: Ein solidarisches und freiheitliches Steuer- und Sozialrecht muß gerecht sein. Das gilt sowohl in bezug auf das Verhältnis zwischen den heute Lebenden als auch in bezug auf das Verhältnis zwischen den heutigen und zukünftigen Generationen. Nur ein nachhaltig gerechtes Steuer- und Sozialsystem hat Zukunft.

Wir können die Soziale Marktwirtschaft mit dem Steuer- und Sozialsystem des Solidarischen Bürgergeldes erneuern. Deren Eckpfeiler stelle ich mir so vor:

1. Jeder Bürger hat nach seinem 18. Lebensjahr Anspruch auf ein Bürgergeld in Höhe von monatlich 800 €. Diese 800 € sind das garantierte, bedingungslose Grundeinkommen. Es deckt, auch nach Abzug einer Gesundheits- und Pflegeprämie in Höhe von maximal 200 € monatlich, das soziokulturelle Existenzminimum ab.

2. Jeder zusätzlich eingenommene Euro, sei er aus Erwerbsarbeit, selbständiger Tätigkeit, Mieterlösen, Zinseinkünften usw., wird fiktiv zu 50 Prozent versteuert. Tatsächlich entsteht also bei Einkommen unter 1600 € überhaupt keine Steuerschuld.

3. Die Steuerschuld wird vom bedingungslos zustehenden Bürgergeld abgezogen und die Differenz ausbezahlt. (Beispiel: 300 € Job im Monat, 150 € Einkommensteuer werden vom Bürgergeld in Höhe von 800 € abgezogen, zu den selbstverdienten 300 € bezahlt das Finanzamt 650 € aus, von den 950 € müssen 200 € als Gesundheitsprämie an eine Krankenkasse abgeführt werden, 750 € bleiben übrig.)

4. Erst ab einem Einkommen von 1600 € fällt, ebenfalls nach Abzug des Bürgergeldes, überhaupt eine Steuerschuld an. Wer mit einem halbierten Bürgergeld in Höhe von 400 € einverstanden ist, muß sein Einkommen nur zu 25 Prozent versteuern. (Beispiel: 10000 € Job im Monat, minus 2500 € Einkommensteuernpflicht, die sich durch das Bürgergeld von 400 € auf 2100 € reduziert, das tatsächliche Nettoeinkommen schmälert sich noch um die 200 € Gesundheitsprämie, 7700 € bleiben übrig.)

5. Für Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr erhalten die Eltern ein Bürgergeld von 500 €. Auch in diesem Betrag ist eine Gesundheitsprämie von 200 € enthalten. Nach Abzug der Gesundheitsprämie ist das Bürgergeld für Kinder immer noch doppelt so hoch wie das Kindergeld heute.

6. Jeder Bürger muß eine Kranken- und Pflegepflichtversicherung abschließen. Er kann frei wählen, bei welcher Kasse er das macht. Die Kassen müssen einen Grundtarif anbieten, der nicht teurer als 200 € im Monat sein darf und der gesetzlich festgelegte Standards garantiert.

7. Teurere Tarife mit verbesserten Leistungen sind ebenso möglich wie bessere Standards zum Grundtarif. Selbst wenn alle Bürger nur den Grundtarif wählen, fließen rund 200 Milliarden € ins System.

Das Solidarische Bürgergeld macht einen beachtlichen Verwaltungsapparat überflüssig, und der Arbeitsmarkt wird wieder ein echter Markt. Die Lohnnebenkosten durch Sozialversicherungsbeiträge fallen ganz weg; das verbessert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft deutlich, macht Schwarzarbeit unattraktiv und beendet Kombi- und Mindestlohndebatten.

Die Gesamtkosten des Bürgergeldes liegen deutlich unter 600 Milliarden €. Rechnet man die Beträge, die nur mit der Steuerschuld verrechnet und nicht ausbezahlt werden, dagegen, reduzieren sich die tatsächlichen Staatsausgaben auf etwa die Hälfte dieser Summe. Heute beläuft sich allein das Sozialbudget auf 735 Milliarden €. Die derzeitigen Lohnzusatzkosten von ca. 42 Prozent fallen weg. Das Bürgergeldsystem rechnet sich. Es ist günstiger als andere Grundsicherungsmodelle, weil Bezieher mittlerer und hoher Einkommen nur das halbe Bürgergeld erhalten.

Wer in die Sozialversicherungssysteme einbezahlt hat, genießt Ansprüche, die ihm niemand streitig macht. Besitzstandswahrung und Vertrauensschutz müssen gewährleistet sein, sonst leidet auch die Glaubwürdigkeit des Neuen.

Genauso gehört zur Glaubwürdigkeit aber auch, daß der desolate Zustand der Sozialsysteme (40 Prozent müssen bereits über Steuern finanziert werden) und der öffentlichen Haushalte (über 1,5 Billionen € Schulden) nicht ignoriert wird. Im bisherigen System wird die Rentenhöhe auf Dauer dem Grundsatz „Arbeitslohn für Lebensleistung“ nicht mehr gerecht werden. Darauf aufmerksam zu machen und den Bürgerinnen und Bürgern finanzielle Gestaltungsspielräume zur privaten Altersvorsorge zu eröffnen, verlangt die Redlichkeit.

Ich bin dafür, daß der Systemwechsel sofort für alle gilt. Um die Anpassungszuschläge, die die Rente auf das nach bisherigem Recht berechnete Niveau bringen, bezahlen zu können, wird eine zehnprozentige Lohnsummensteuer eingeführt.

Ab dem 67. Lebensjahr stockt ein Rentenzuschlag (bis zu 600 €), der sich an der Summe der vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer abgeführten anteiligen Lohnsummensteuer und der im Bezugsjahr eingenommenen Lohnsummensteuer orientiert, das große Solidarische Bürgergeld bis zu 1400 € auf.

Das Solidarische Bürgergeld garantiert das soziokulturelle Existenzminimum für diejenigen, die Familienarbeit leisten, Angehörige pflegen, ehrenamtlich engagiert sind, keine Erwerbsarbeit finden, sich in einer Ausbildung befinden oder es als Grundsicherung im Alter nutzen. Das Solidarische Bürgergeld schafft eine bedingungslose Grundsicherung.

Niemand wird stigmatisiert, jeder weiß sein Existenzminimum gesichert. Alle Bürger können ihre Mündigkeit ohne existenzielles Risiko nutzen. Sie entscheiden, ob sie eine Stelle annehmen wollen oder nicht, wann sie „Rentner“ sein wollen, ob sie sich selbstständig machen und welche Krankenversicherung sie abschließen. Auf das Solidarische Bürgergeld können sich alle Bürger verlassen. Es schafft ein System gegenseitigen Vertrauens, weil es jedem etwas zutraut.

Bafög, Kindergeld, Elterngeld, Freibeträge, über 100 Sozialleistungen fallen weg. An ihre Stelle tritt das Solidarische Bürgergeld. Jeder kann sich darauf verlassen. Es fördert die Schwächeren, weil sie ein doppelt so hohes Bürgergeld erhalten, ebenso wie die Stärkeren in der Gesellschaft. Es fördert jeden Arbeitssuchenden, weil sich die Arbeitsaufnahme in jedem Fall lohnt. Es fordert und motiviert die Stärkeren, weil sie zwar nur das halbe Bürgergeld erhalten, dafür aber auch einen geringeren Einkommensteuersatz haben. Leistung lohnt sich wieder. Mehr Leistung lohnt sich mehr.

Viele machen immer wieder die Erfahrung, daß das, was sie leisten oder leisten wollen, nicht anerkannt oder gar nicht gebraucht wird. Das Wachpersonal in meiner Staatskanzlei verdient 4,40 € in der Stunde. Aus vielen Gesprächen weiß ich, daß das, insbesondere in den jungen Ländern, keine Ausnahme ist. Ich weiß, daß mancher Arbeitslosengeld II-Bezieher sich besser stellt.

Viele Löhne werden der traditionellen politischen Formel: „Arbeit muß sich lohnen“ nicht mehr gerecht. Der Transferenzug von 80 bis 90 Prozent bei Zuverdiensten motiviert auch nicht gerade zu Mehrarbeit über die Freibetragsgrenze von 100 € hinaus. Jeder sagt, daß das, was da gemacht wird – ob nun zum Beispiel für Ordnung und Sauberkeit sorgen, Jugendliche trainieren oder Kinder betreuen – sehr wichtig ist. Doch wir erliegen immer wieder der Gefahr, den Wert einer Arbeit, davon abhängig zu machen, wie sie bezahlt wird.

Dabei hat jeder von uns bereits die Erfahrung gemacht, wie unendlich wichtig gerade die Arbeiten sind, die unentgeltlich geleistet werden. Mit keinem Geld der Welt läßt sich zum Beispiel die Liebe und die Zuwendung bezahlen, die Kinder durch ihre Eltern erfahren. Vieles weitere fällt uns noch ein, was unentgeltlich geleistet wird und letztlich unbezahlbar ist. Wer den Wert einer Arbeit nur davon abhängig macht, wie man sie entlohnt, wird demjenigen, der die Arbeit leistet, nicht gerecht.

Vertrauen ist besser als Kontrolle

Für mich ist es der Kern des christlichen Menschenbildes, daß die einmalige und unveräußerliche Würde jedes Menschen unabhängig von seinen Eigenschaften und Leistungen gilt. Sie gründet in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Wir sind zur Freiheit berufen und aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen. In der Verantwortung des einzelnen bleibt, was er aus eigener Initiative und mit eigenen Kräften leisten kann, und die Allgemeinheit hilft, daß er diese Verantwortung wahrnehmen kann. Nur demjenigen, dem man vertraut, überträgt man Verantwortung. Eine freie Gesellschaft dient der Entfaltung der menschlichen Person in selbstverantworteter Freiheit. Der Mensch ist nach Oswald von Nell-Breuning SJ Träger, Schöpfer und Ziel aller gesellschaftlichen Einrichtungen.

Jeder ist gefordert, seine Einzigartigkeit, seine Talente, seine Ideen, sein Geschick, seine Ausdauer, seinen Fleiß und seine Kraft einzubringen. Jeder hat ein Recht und, soweit er kann, auch die Pflicht zu arbeiten. Arbeit ist weit mehr als Broterwerb. Dabei definiert Erwerbsarbeit nur einen Teil der Arbeit, ehrenamtliche Arbeit und Familienarbeit sind ebenso wichtige und unverzichtbare Arbeitsfelder.

Neben der Familienarbeit und dem Ehrenamt, die traditionell nicht finanziell vergütet werden, gibt es – wie schon erwähnt – zunehmend auch Beschäftigung im Sinn von Erwerbstätigkeit, die nicht mehr zu einem existenzsichernden Einkommen führt. Wer Arbeit umfassend wertschätzen und diejenigen, die sie ausführen, würdigen will, muß über den Tellerrand des gegenwärtigen Sozial- und Steuersystems hinausdenken. Die soziale Marktwirtschaft setzt sowohl auf die positive Kraft des Marktes als auch auf die soziale Sicherheit für jeden Bürger.

Das Grundrecht Menschwürde und das Sozialstaatsprinzip in unserem Grundgesetz garantieren jedem Bürger das Existenzminimum. Manche Politiker appellieren,

die Bürger sollten die Sozialleistungen nicht ausnutzen. Mich ärgern solche Phrasen. Schon die Meinungen, ab wann Hilfe des Staates zwingend geboten ist und ab wann sie ausgenutzt wird, gehen sicher weit auseinander.

Ein Systemwechsel hin zum Solidarischen Bürgergeld, das, im Sinn einer Negativsteuer, Bürgern mit keinen oder geringeren Einkünften etwas auszahlt, das aber darüber hinaus jedem Erwerbstätigen mindestens die Hälfte dessen, was er verdient, beläßt, ist das Gebot der Stunde. Der Sicherheitsmann in der Thüringer Staatskanzlei steht dann unter dem Strich besser da als derjenige, der keiner Erwerbsarbeit nachgeht. Die Nachbarin, die sich voll ehrenamtlich engagiert, muß nicht rechtfertigen, warum sie nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und erhält trotzdem ein bedingungsloses, existenzsicherndes Grundeinkommen. Das ist keine Faulenzerprämie, sondern die Basis für die marktwirtschaftliche Freiheit, welche zu den Staatseinnahmen führt, ohne die der Sozialstaat nicht finanzierbar ist. Das Solidarische Bürgergeld ist ein Trampolin zum Mitmachen, kein bequemes Sofa zum Faulenzen.

Aus eigener leidvoller DDR-Erfahrung weiß ich, wie das SED-Regime seinen Bürgern mißtraut hat. Deshalb entschied man sich auch für die Plan- statt für die Marktwirtschaft. Den Menschen etwas zuzutrauen, ihnen zu vertrauen, das ist das Erfolgsrezept der Sozialen Marktwirtschaft: Vertrauen schafft Vertrauen.

Eine Aufgabe zu haben, etwas Sinnvolles zu tun, etwas zu leisten, Erfolg zu haben – das gehört seit Menschengedenken zu unserer Motivation. Das kann man nicht verordnen. Lenin hat gesagt: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.“ Im Sinn von Ludwig Erhard ist aber Vertrauen besser als Kontrolle. Die Soziale Marktwirtschaft setzt auf den Ehrgeiz der Menschen, nicht auf die Bürokratie.

Trotz des Scheiterns des realexistierenden Sozialismus gibt es immer noch ein großes Mißtrauen gegenüber der Freiheit und der Eigenverantwortung des einzelnen. Die Alternative „Freiheit oder Sozialismus“ entscheidet sich nur dann zugunsten der Freiheit, wenn es gelingt, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern.

Das Solidarische Bürgergeld schafft soziale Sicherheit und Verlässlichkeit für jedermann, so daß die Marktwirtschaft nicht als Bedrohung empfunden wird. Solidarisches Bürgergeld und Soziale Marktwirtschaft gehören zusammen. Ausgehend vom christlichen Menschenbild setzen wir auf Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger. Freiheit und Sicherheit sind für das Gedeihen unseres Gemeinwesens unverzichtbar. Es sind die zwei Seiten einer Medaille.